

LANDTAGS NACHRICHTEN

7. Dezember

8 / 2016

www.landtag-mv.de





Titelfoto: Timm Allrich

3	Gastkolumne	Michael Seidel (Schweriner Volkszeitung) zum Start der neuen Wahlperiode
4 – 23	AUS DEM PLENUM	
4 – 10	Die neue Landesregierung	Wahl des Ministerpräsidenten Ernennung der Ministerinnen und Minister Vorstellung der neuen Ministerinnen und Minister
11 – 20	Der neue Landtag	Einsetzung der Fachausschüsse Petitionsausschuss Innen- und Europaausschuss Rechtsausschuss Finanzausschuss Wirtschaftsausschuss Agrarausschuss Bildungsausschuss Energieausschuss Sozialausschuss
21 – 23	Weitere Beschlüsse	Zweite Lesung und Beschlussfassung: Novellierung Abgeordnetengesetz Finanzierung der Abgeordneten und der Fraktionen Erste Lesung: Änderung Landesverfassungsschutzgesetz Schulsozialarbeit
24 – 27	PANORAMA	„Zurück in die Gegenwart“ – Jugendgeschichtstag 2016 „Kontakte verstärken“ – Interview mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zur US-Präsidentschaftswahl Aktuelles zu den Bauarbeiten im Schloss
28	CHRONIK	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Brücken bauen!

Sind Parteien lange ununterbrochen an der Macht, neigen sie dazu, sich die Härte der Oppositionsbank nicht mehr vorstellen zu können. Sie neigen dann zur Attitüde, eigene Initiativen für unfehlbar und alternativlos zu halten und jegliches Gegenargument für Teufelszeug.

Das bekamen zuletzt Linke und Grüne zu spüren. Dabei hatten sie gemäß der Verfassung neben der Regierungskritik auch eigene Programme entwickelt. Doch war das Arbeit für den Papierkorb, klagte die Opposition. Warum? Weil die regierungstragenden Fraktionen SPD und CDU beinahe jeden Vorschlag der Opposition unbesehen in den Orkus befördert hätten.

Dass dies keine gänzlich hohle Phrase war, zeigte der selbstkritische Anflug zu Beginn der neuen Wahlperiode: Da schrieben sich die altneuen Koalitionäre doch tatsächlich ins Stammbuch, sie wollten künftig anders mit Oppositionsvorschlägen umgehen. „Die Koalitionspartner bekennen sich ... auch im Landtag zu einer veränderten politischen Kultur. Stärker als bisher gilt es, das demokratische Miteinander zu pflegen und nach Wegen zu suchen, Mecklenburg-Vorpommern auch parteiübergreifend weiter voranzubringen.“ Donnerwetter.

Die inhaltliche Arbeit ist gerade erst angelaufen, doch so ganz scheinen das gerade zitierte Vorhaben nicht alle Parlamentarier verinnerlicht zu haben. So entbrannte jüngst bei der Kandidatenvorstellung fürs Amt des Datenschutzbeauftragten in einer öffentlichen (!) Fraktionssitzung der Linken ein kurzer, aber heftiger öffentlicher Disput über „Scheinheiligkeit“ zwischen dem SPD-Fraktionschef und der Linksfraktion. Andererseits äußern Abgeordnete des Parlamentsneulings AfD Botschaften, die nahe an jenem Zustand sind, den der Koalitionsvertrag als Ausschlussgrund für zu viel demokratisches Miteinander festhält: Es stoße an Grenzen, „wo rechtliche und demokratische Spielregeln oder die Grundsätze des menschlichen Anstands verletzt werden“. Doch auch andere Fraktionen schlagen mitunter einen Ton an, der ein Stück entfernt ist von guter Debattenkultur.

Nun möchte niemand einen „Kuschelzoo“, wo alle sich nur noch mit Samthandschuhen anfassen. Aber ein permanent alarmistischer, skandalisierender Wahlkampfmodus inflatiert sich selbst. Und er befördert das „Vertrauen in politische Entscheidungen“ nicht. In der Sache soll hart miteinander ge-



Foto: Ecki Raff

Michael Seidel ist seit 2013 Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung und der NNN Norddeutsche Neueste Nachrichten. Zuvor arbeitete er für die Verlagsgruppe Nordkurier, zunächst als Landeskorrespondent, zuletzt als Chefredakteur. Viele Jahre engagierte er sich im Vorstand der Landespressekonferenz.

rungen werden. Doch es ist gute parlamentarische Sitte, dass Demokraten am Ende des Tages sich beim Bier noch in die Augen schauen können. Das funktioniert nicht zwischen Leuten, die sich gegenseitig diffamieren.

„ Eine bessere Balance herstellen zwischen Mehrheit und Minderheit. “

Repräsentative Demokratie funktioniert auf Dauer auch nicht mit Ausgrenzung. Laut Verfassung geht zwar alle Staatsgewalt vom Volke aus, das jedoch von gewählten Vertretern in Parlamenten repräsentiert wird. „Das Volk“ ist kein monolithischer Körper, sondern eine vielfältige Mischung von Menschengruppen mit unterschiedlichsten Interessen. Die müssen im Parlament unter einen Hut gebracht werden. Das ist selten so einfach, wie es marktschreierisch auf Straßen und Plätzen postuliert wird.

Die AfD ist zweitstärkste Fraktion und hat eine Aufgabe zu erfüllen: die Regierung kontrollieren, aber auch seriöse alternative Programme entwickeln. Sie leitet zwei wichtige Ausschüsse und stellt in zwei weiteren die Vize-Chefs. Hier ist künftig der Ort zivilisierter Auseinandersetzung. Die Praxis ist bekanntlich das Kriterium der Wahrheit. Im besten Falle zwingt die neuartige Konstellation alle Volksvertreter, eine bessere Balance herzustellen zwischen Mehrheit und Minderheit. Und zwischen denen, die regieren, und jenen, die regiert werden. Es bedarf neuer Brücken über die teils tief aufgerissenen gesellschaftlichen Gräben. Das Parlament ist der Ort der politischen Willensbildung, sagt die Verfassung, und soll die ganze Bandbreite der Gesellschaft repräsentieren. Wer das als Grundkonsens nicht akzeptiert, hat dort nichts verloren.

Michael Seidel



Die Wahl des Ministerpräsidenten findet geheim statt, die Stimmen aber werden öffentlich ausgezählt.



Ministerpräsident Erwin Sellering legt vor dem Parlament den Amtseid ab.



Glückwünsche und Blumen für Sellering gab's von allen Fraktionen, DIE LINKE überreichte einen Kaktus.
Fotos: Jens Büttner

Weitere Amtszeit für Sellering

Landtag wählte ihn erneut zum Ministerpräsidenten

Der alte Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern ist auch der neue: Erwin Sellering führt auch in dieser Wahlperiode das Regierungsbündnis aus SPD und CDU an. 41 der 71 Abgeordneten stimmten für ihn. Der 67-jährige SPD-Politiker startet damit in seine dritte Amtszeit.

1. November. 11 Uhr. Die zweite Sitzung des Landtages beginnt. Weil im alten wie im neuen Plenarsaal nach wie vor gebaut wird, tagen die Abgeordneten noch einmal im Konzertfoyer des Staatstheaters. Der erste Tagesordnungspunkt ist in allen zweiten Landtagssitzungen gleich: Wahl des Ministerpräsidenten.

Zur Wahl steht diesmal ein Kandidat: Erwin Sellering. Die beiden Koalitionsfraktionen haben sich im Vorfeld auf den SPD-Abgeordneten als gemeinsamen Kandidaten geeinigt. Gegenkandidaten anderer Fraktionen wären möglich gewesen, gibt es aber nicht.

Gemäß Artikel 42 der Landesverfassung wird der Ministerpräsident ohne Aussprache gewählt. Die Abstimmung ist geheim. Um gewählt zu sein, muss die Mehrheit der Landtagsmitglieder für ihn stimmen – mindestens also 36 Abgeordnete.

Die Abgeordneten werden in alphabetischer Reihenfolge nach vorn gerufen. 71 Namen und 20 Minuten später sind die Stimmen ausgezählt: 41 Abgeordnete stimmten für Sellering, 29 gegen ihn. Eine Person enthielt sich.

41 Ja-Stimmen – das reicht, um im Amt zu bleiben. Allerdings fehlt Sellering mindestens eine Stimme aus dem eigenen Regierungslager, denn zusammen haben SPD und CDU 42 Abgeordnete. „Nehmen Sie die Wahl an?“, fragt Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. „Ich nehme die Wahl an“, erwidert Sellering. Erst gibt's Applaus, dann Blumen von SPD, CDU und AfD. Und einen Kaktus von den Linken.

Fehlt noch der Eid. Sylvia Bretschneider bittet Sellering nach vorn. Sie spricht wortgruppenweise vor, er nach:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Im Plenarsaal hätte Bretschneider Sellering nun gebeten, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen. Im Konzertfoyer ist für eine Regierungsbank kein Platz. Also setzt er sich zurück in die Reihen seiner Fraktion.

Für Erwin Sellering hat damit die dritte Amtszeit als Ministerpräsident begonnen. Er hatte das Amt im Oktober 2008 von Harald Ringstoff (SPD) übernommen, der auf eigenen Wunsch zurückgetreten war.

SPD/CDU-Wahlvorschlag, Drucksache 7/33

Die neue Landesregierung

SPD stellt fünf Minister, CDU drei

Dem Namen nach sind nur zwei Minister neu. Mit Blick auf die Funktionen hat es auf der Regierungsbank jedoch vier Veränderungen gegeben. Im Grundsatz bleibt es bei acht Ministerien, deren Zuständigkeiten aber zum Teil verändert wurden.

Wer bleibt Minister? Wer wird Minister? Anders als beim Ministerpräsidenten haben die Abgeordneten im Landtag bei diesen Fragen keine Wahl. Die Besetzung ist allein Sache der Regierungsfaktionen und wird im Rahmen der Koalitionsverhandlungen festgelegt. Unmittelbar nach der Wahl des Ministerpräsidenten oblag es Erwin Sellering, die Ministerinnen und Minister offiziell zu berufen und ihnen in der



Die neue Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern: Vordere Reihe v.l. Justizministerin Katy Hoffmeister, Innenminister Lorenz Caffier, Ministerpräsident Erwin Sellering, Sozialministerin Stefanie Drese, Bildungsministerin Birgit Hesse. Hintere Reihe v.l. Parlamentarischer Staatssekretär für Vorpommern Patrick Dahlemann, Wirtschaftsminister Harry Glawe, Energieminister Christian Pegel, Agrarminister Dr. Till Backhaus, Finanzminister Mathias Brodkorb. Fotos: Jens Büttner



Die neue Sozialministerin Stefanie Drese legt, wie auch ihre Kabinettskollegen, ihren Amtseid vor dem Parlament ab.

Staatskanzlei die Ernennungsurkunden zu überreichen. Im Anschluss daran ging's gleich wieder zurück in die laufende Landtags-sitzung. Hier mussten die Ministerinnen und Minister nun noch ihren Amtseid leisten. So steht es in Artikel 44 der Landesverfassung.

Grundsätzlich hält die neue Regierung an der bisherigen Verteilung der Ministerien fest: Die SPD stellt weiterhin fünf Minister, die CDU drei.

Neu auf der Regierungsbank ist **Stefanie Drese** (SPD), Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung. Sie folgt auf **Birgit Hesse** (SPD), die nun Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur ist. Ebenfalls neu ins Kabinett gerückt ist **Katy Hoffmeister**. Ihre Funktion: Justizministerin. Dieser CDU-Posten sollte ursprünglich mit Staatsanwalt Sascha Ott besetzt werden. Die CDU zog den Vorschlag zurück und machte Katy Hoffmeister zur Nachfolgerin von Uta-Maria Kuder.

Lorenz Caffier bleibt weiterhin Innen- und **Harry Glawe** Wirtschaftsminister. Für die SPD bleiben Energieminister **Christian Pegel** und Landwirtschaftsminister **Till Backhaus** in ihren Ämtern.

Neuer Finanzminister ist **Mathias Brodkorb**. Diese Personalle war die größte Überraschung im Kabinett, war der bisherige Bildungsminister nach der Landtagswahl doch gerade erst zum SPD-Fraktionschef gewählt worden. Diese Funktion hat nun Thomas Krüger übernommen.

An der grundsätzlichen Aufteilung der Ministerien hat sich für die beiden Regierungsfraktionen damit nichts geändert. Diverse Neuerungen gab es jedoch beim Zuschnitt der Ressorts. So ist das Wirtschaftsministerium künftig auch für die Bereiche Arbeit und Gesundheit zuständig. Im Gegenzug gibt es die Abteilung Bau an das Verkehrs- und Energieministerium ab. Das Innenministerium verliert den Bereich Sport an das Bildungsministerium, ist dafür aber künftig auch für Europa-Angelegenheiten verantwortlich. Diese waren bisher in der Staatskanzlei angesiedelt. Das Sozialministerium erhält zudem eine Integrationsbeauftragte, das Justizministerium den Arbeitsbereich Verbraucherschutz.

Mit **Patrick Dahlemann** (SPD) gibt es außerdem einen Parlamentarischen Staatssekretär für Vorpommern. Er soll die Interessen des östlichen Landesteils im Kabinett vertreten. Zugeordnet ist die Stelle der Staatskanzlei, Dahlemann soll aber auch ein Büro in Anklam erhalten. Die Initiative für solch einen Posten war ursprünglich von der CDU ausgegangen. Im Zuge der Koalitionsverhandlungen wurde dieser jedoch von der SPD besetzt.

Das Kabinett

Der Ministerpräsident und die Ministerinnen und Minister der acht Fachressorts bilden gemeinsam die Landesregierung. Das Kabinett berät über politische Grundsatzfragen und beschließt Gesetzesvorlagen, die es in den Landtag einbringt.

Erwin Sellering (SPD)

Ministerpräsident



„Ich sehe zwei große Aufgaben für die kommenden Jahre. Mecklenburg-Vorpommern muss wirtschaftlich gut vorankommen, damit die Arbeitslosigkeit weiter zurückgeht und die Löhne steigen. Und es ist sehr wichtig, dass wir den sozialen Zusammenhalt in unserem Land bewahren.

Dazu gehört, dass wir Familien und Kinder fördern. Unser Ziel ist, mit einem 30-Millionen-Programm die Elternbeiträge für die Kitas abzusenken. Genauso brauchen aber auch die Älteren unsere Unterstützung. Ich werde mich weiter auf Bundesebene für die Angleichung der Renten in Ost und West einsetzen.

Die neue Landesregierung wird in dieser Wahlperiode auch neue Akzente setzen, mit einem Staatssekretär für den Landesteil Vorpommern und der Einführung von Volksbefragungen. Mehr Bürgerbeteiligung – das ist unser Ziel.

Der 67-jährige Jurist tritt seine dritte Amtszeit an. Der gebürtige Westfale führte als Spitzenkandidat die SPD zu einem klaren Wahlsieg. Er wurde 1949 in Sprockhövel bei Bochum geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg, Bochum und Münster war er zunächst als Verwaltungsrichter in Gelsenkirchen tätig. 1994 wechselte er in gleicher Funktion nach Greifswald und zog mit seiner Familie in die Hansestadt. 1998 wurde er Abteilungsleiter in der Schweriner Staatskanzlei, zwei Jahre

später Justizminister. 2006 übernahm er das Sozialressort und löste 2008 Harald Ringstorff als Regierungschef ab. Sellering ist seit 1994 Mitglied der SPD, gehört seit 1997 dem SPD-Landesvorstand M-V an und ist seit 2007 Landesvorsitzender. Er ist zum zweiten Mal verheiratet und hat zwei erwachsene Töchter und einen zweijährigen Sohn.

Lorenz Caffier (CDU)

Minister für Inneres und Europa, stellvertretender Ministerpräsident



„Neben den großen Herausforderungen bei der Inneren Sicherheit ist ein besonderer Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode mit der Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) die Neuordnung der Finanzausstattung der Kommunen. Noch in diesem Jahr wird der Abschlussbericht zum Gutachten über den horizontalen und vertikalen Finanzausgleich vorliegen. Wir brauchen diese valide Datenbasis, um beurteilen zu können, wie die Strukturen des Finanzausgleichs überarbeitet werden müssen. Landesregierung und kommunale Verbände haben einen genauen Fahrplan für die Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes festgelegt. Das neue FAG soll ab dem Jahr 2018 in Kraft treten. Bis zum Inkrafttreten erhalten die Kommunen außerhalb des FAG ganz erhebliche Sonderzuweisungen. Für zukunftsfähige gemeindliche Strukturen wird das Leitbildgesetz umgesetzt, freiwillige Fusionen von Gemeinden werden mit einem Anreizsystem unterstützt.

Der 61-jährige Diplom-Ingenieur für Landtechnik, der dem Landtag seit 1990 ohne Unterbrechung angehört, zählt zu den Nachwendepolitikern der ersten Stunde. Er war Abgeordneter der ersten frei gewählten Volkskammer und von 1990 bis 2006 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Landtag. Seit 2006 ist er Innenminister und setzte in seiner ersten Amtszeit die Kreisge-

bietsreform um. Seit Ende 2009 führt er die Christdemokraten als Landeschef. Der gebürtige Dresdner, der genau an Heiligabend 1954 das Licht der Welt erblickte, war schon zu DDR-Zeiten in die CDU eingetreten. Er lebt in Neustrelitz, ist verheiratet und hat vier erwachsene Kinder.

Katy Hoffmeister (CDU)

Justizministerin



„Ich strebe einen Abbau der Bestände und eine Beschleunigung der Verfahren an. Hierzu und zur Verbesserung der Altersstruktur in der Justiz werde ich gemeinsam mit den Beteiligten Modelle zur Nachwuchsgewinnung und zur bedarfsgerechten Neueinstellung sowie flankierende Maßnahmen zur Abmilderung der bevorstehenden Ruhestandswelle ergreifen. Wichtig ist mir, für ein besseres Verständnis der Rolle der Justiz als wesentlichen Bestandteil unseres demokratischen Systems zu werben. Ein großes Thema ist auch die Digitalisierung der Justiz. Dazu gehört die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte. Von besonderer Bedeutung ist für mich der Schutz der Bevölkerung. Daher setze ich mich weiter für einen Vollzug ein, der auf nachhaltige Resozialisierung ausgerichtet ist. Ich trete auch künftig für eine Stärkung der ehrenamtlichen Betreuung und für Maßnahmen zur Betreuungsvermeidung ein. Schließlich möchte ich die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes fortsetzen.“

Katy Hoffmeister wurde 1973 in Kühlungsborn geboren. Sie studierte Rechtswissenschaften an der Universität Rostock und legte 1996 ihr Erstes und 1999 am Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg ihr Zweites Juristisches Staatsexamen ab. Von 2000 bis 2003 war als sie Assistentin an der Juristischen Fakultät der Univer-

sität Rostock, danach bis 2016 im Management der Universitätsmedizin Rostock tätig, zuletzt als Dezernentin für Personal und Recht und Stellvertretender Kaufmännischer Vorstand. Seit 1999 ist sie Mitglied der CDU und gehört dem Landesvorstand an. Sie ist verheiratet.

Mathias Brodkorb

Finanzminister



„Seit mehr als zehn Jahren nimmt Mecklenburg-Vorpommern keine Schulden mehr auf. So soll es auch in den nächsten Jahren bleiben. Ich werbe dafür, künftig drei Viertel der jährlichen Haushaltsüberschüsse für den Abbau der Schulden zu nutzen und dennoch weiterhin in die Zukunft des Landes zu investieren. Langfristiges Ziel ist die beitragsfreie Kita. Als weiterer Schritt hierzu soll ein 30-Mio.-Euro-Paket geschnürt werden. Möglich wird dies dadurch, dass der Abbau von Schulden zu geringeren Zinszahlungen führt und so neue, nachhaltige Spielräume geschaffen werden. Die Steuereinnahmen sollen den Kindern und Familien zugutekommen und nicht den Banken.“

Der gebürtige Rostocker studierte nach dem Zivildienst ab 1997 an der Universität Rostock Philosophie und Altgriechisch und schloss 2005 mit dem Magister der Philosophie ab. Von 1994 bis 1997 war er Mitglied der PDS. 1997 trat er in die SPD ein, war zwei Jahre Landesvorsitzender der Jusos und gehörte von 1999 bis 2009 dem SPD-Landesvorstand an. Ein wichtiges Thema ist für ihn die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, er ist Mitbegründer

der Internet-Plattform „Endstation Rechts“. 2002 und 2006 zog er jeweils über die Landesliste der SPD in den Landtag ein, 2011 wie auch 2016 errang er das Direktmandat in seinem Wahlkreis Rostock III. Seit Oktober 2011 gehört er dem Kabinett von Ministerpräsident Erwin Sellering an – bis Oktober 2016 als Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, seit 1. November 2016 als Finanzminister. Brodkorb ist nicht verheiratet und hat eine Tochter.

Harry Glawe

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit



„Unser Land ist wirtschaftlich deutlich vorangekommen. Wir setzen auf mehr Wertschöpfung und mehr Beschäftigung. Das Handwerk, den Tourismus und das verarbeitende Gewerbe haben wir dabei im Blick. Neuansiedlungen und Erweiterungen schaffen Arbeitsplätze.

Die Bereiche Gesundheit und Arbeit sind neu bei uns im Haus. Es werden sich wertvolle Synergien ergeben, die unser Land voranbringen. Wir wollen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verbessern. Ziel ist es, dass mehr Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt entstehen. Die Themen Unternehmensnachfolge sowie Nachwuchs- und Fachkräftesicherung stellen wachsende Herausforderungen für unsere heimische Wirtschaft dar. Es gilt auch, die wirtschaftlich noch jungen Bereiche weiterzuentwickeln. Dazu zählen die Gesundheitswirtschaft sowie Forschung, Entwicklung und Innovation.

Der gelernte Diplomkrankenschwäger galt bei seiner Ernennung zum Wirtschaftsminister 2011 als die Überraschung im Kabinett. Seit seinem Eintritt in die CDU 1990 hat sich der heute 62-Jährige Schritt für Schritt auf der politischen Leiter nach oben gearbeitet. Er wurde in seinem Heimatort Grimmen Kreistagspräsident und 1994 erstmals in den Landtag gewählt. Dort machte er sich als Sozialpolitiker einen Namen, ehe er 2006 Parlamentarischer Geschäftsführer und 2009 dann Chef der CDU-Fraktion wurde.

Bei der Landtagswahl im September erzielte er mit 42,8 Prozent das zweitbeste Erststimmen-Ergebnis landesweit. Er ist verheiratet und Vater dreier erwachsener Kinder. Im Ehrenamt war Harry Glawe unter anderem von 2008 bis Ende Oktober 2016 Vorstandsvorsitzender des DRK-Kreisverbandes Nordvorpommern. Darüber hinaus ist er Mitglied im Grimmener Sportverein, bei der Grimmener Tafel sowie bei Hansa Rostock.

Dr. Till Backhaus

Minister für Landwirtschaft und Umwelt



„Für mich steht die Entwicklung der ländlichen Räume im Mittelpunkt dieser Wahlperiode. Mein Ziel ist es, mit den Bürgerinnen und Bürgern im Land noch intensiver ins Gespräch zu kommen. Insbesondere den Menschen in Vorpommern möchte ich zeigen, dass Schwerin sie nicht vergessen hat. Investitionen in Straßen, Schulen, Kitas, Dörfer, die Landwirtschaft, Arbeitsplätze oder den Naturschutz werde ich auch zukünftig umfassend unterstützen. Ebenso werde ich mich weiterhin dafür einsetzen, dass die hiesige Land- und Ernährungswirtschaft international wettbewerbsfähig bleibt. Besonders am Herzen liegen mir die Bodenpreise, die durch außerlandwirtschaftliche Investoren in die Höhe getrieben werden. Der Landwirt vor Ort muss wieder Vorrang erhalten. Gleichwohl werde ich meine Politik der Tierwohlorientierung fortsetzen und den Ressourcenschutz verstärkt in den Blick nehmen. Der Grundwasserschutz wird hierbei eine zentrale Rolle spielen.

Der 57-Jährige ist seit 1998 Agrarminister und damit der dienstälteste Landesminister in Deutschland. Bei der Landtagswahl im September fuhr er erneut eines der besten Erststimmen-Ergebnisse ein. Neben der Landwirtschaft verantwortet der in Neuhaus an der Elbe geborene Diplom-Agraringenieur auch die Bereiche Forst- und Fischwirtschaft, Umwelt und Natur. Er hat an der Universität Rostock studiert und danach zunächst in der LPG Neu-

haus und dann als Abteilungsleiter in der LPG Lübbtheen gearbeitet. 1990 war er Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR und Gründungsmitglied der SPD im Amt Neuhaus. Von 2003 bis 2007 führte er den SPD-Landesverband. Dem Landtag gehört er seit 1990 ohne Unterbrechung an. 2001 promovierte er an der Humboldt-Universität Berlin zum Dr. rer. agr. Backhaus ist zum zweiten Mal verheiratet und dreifacher Vater.

Birgit Hesse

Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur



„Jungen Menschen die bestmöglichen Rahmenbedingungen für eine Schulbildung, berufliche Ausbildung oder ein Studium zu bieten, gehört für mich zu den Hauptaufgaben. Mit mir wird es keine Experimente in der Schulpolitik geben. Ich stehe für eine verlässliche Bildungspolitik und werde gemeinsam verabredete Wege weitergehen. Die vom Landtag beschlossene Strategie zur Inklusion soll Schritt für Schritt umgesetzt werden. Als Mutter eines Grundschulkindes weiß ich, dass wir die Kernfächer Deutsch und Mathematik weiter stärken müssen. Die Zusammenarbeit von Ganztagschulen und Sportvereinen möchte ich ausbauen. Dabei hilft sicher, dass ich auch Sportministerin bin. Außerdem werde ich mich dafür einsetzen, dass wir zeitnah eine Entscheidung über den Standort für ein Archäologisches Landesmuseum treffen. Meine Erfahrungen als Landrätin werden mir bei den Gesprächen mit den Kommunen über die Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen helfen. Ich hoffe, dass wir bald sagen können: Die Theaterreform ist gut über die Bühne gegangen.“

Die 1975 in Elmshorn geborene Politikerin studierte Rechtswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Nach erfolgreicher Zweiter Juristischer Staatsprüfung war sie von 2002 bis 2005 bei der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern tätig, unter anderem als Leiterin des Polizeireviere Wismar. Von 2005 bis 2008 2. Stellvertreterin des Landrates Nordwestmecklenburg, wurde sie

2008 zur Landrätin gewählt und war dies bis 2014. Seit 2007 Mitglied der SPD, wurde sie 2014 nach der Ernennung von Manuela Schwesig zur Bundesfamilienministerin deren Nachfolgerin als Sozialministerin von M-V. Ehrenamtlich engagiert sie sich u.a. im Verein Arbeitskreis SchuleWirtschaft Wismar-Nordwestmecklenburg. Die Volljuristin ist verheiratet und hat eine Tochter.

Christian Pegel

Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung



„Als Energieminister arbeite ich weiter in den politischen Feldern Verkehr, Energie und Landesentwicklung. Hinzu kommen die Themenbereiche Bau und Digitalisierung. Mit unserer Arbeit werden meine Kollegen und ich täglich mit den Menschen in M-V in ihrem heutigen und künftigen Leben in Kontakt kommen. Daher stehe ich für eine Politik mit und für die Menschen in unserem Land. Einen Schwerpunkt meiner Arbeit sehe ich in der Forcierung des Breitbandausbaus, der nicht nur das wirtschaftliche Potenzial unseres Landes steigern, sondern auch das Leben der Menschen in allen Regionen vereinfachen wird. Außerdem werde ich mich für die Mietpreisbremse und die Förderung des Radwegebaus starkmachen und will mit transparenter Politik die gesellschaftliche Akzeptanz von erneuerbaren Energien voranbringen.“

Der 42-Jährige studierte nach dem Abitur und dem Zivildienst Rechtswissenschaften an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, wo er das Erste Staatsexamen ablegte. Von 1997 bis 2001 war er Geschäftsführer der SPD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft, 2001 bis 2002 war er Pressesprecher des Schweriner Justizministeriums. Nach Referendariat im Landgerichtsbezirk Stralsund und Zweitem Staatsexamen erhielt er 2005 seine Zulassung als Rechtsanwalt. Neben der anwaltlichen Tätigkeit arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Strafrecht an

der Universität Greifswald. 2012 bis 2013 war er Chef der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern. Im Januar 2014 ernannte ihn Ministerpräsident Erwin Sellering zum Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung. Seit dem 1. November 2016 ist Christian Pegel Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Zudem ist er seit September 2016 Mitglied des Landtages. Der in Hamburg geborene Jurist ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Stefanie Drese

Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung



„Als Sozialministerin werde ich mich in den kommenden Jahren vor allem für die Verbesserung der Kita-Betreuung und der frühkindlichen Bildung einsetzen. Die vielen Erzieherinnen und Erzieher in Mecklenburg-Vorpommern leisten eine großartige Arbeit für die Kinder. Das muss auch gerecht entlohnt werden. Es ist aber wichtig, dass für die Eltern die Kosten für Kita, Tagespflege, Krippe oder Hort nicht aus dem Ruder laufen. Deshalb werde ich für gute Arbeitsbedingungen kämpfen und an der Zielsetzung arbeiten, langfristig die Beitragsfreiheit in den Kitas zu erreichen.

Und natürlich wird uns in den kommenden Jahren auch das Thema Integration weiter beschäftigen. Hier werden wir sehr eng mit den Kommunen, aber auch den vielen Initiativen vor Ort zusammenarbeiten. Da hängt auch viel vom ehrenamtlichen Engagement der Menschen ab, das wir weiter stützen und befördern wollen.

Die gebürtige Rostockerin studierte Rechtswissenschaften an der Universität ihrer Heimatstadt. Seit 2003 ist sie selbstständige Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Strafrecht. Sie ist seit 2003 Mitglied der SPD und engagiert sich im Landkreis Rostock, unter anderem als Kreisverbandsvorsitzende des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., als Vorstandsmitglied der Tafel Bad Do-

beran und als Mitglied der Arbeiterwohlfahrt und der Volkssolidarität. 2011 wurde sie im Wahlkreis Bad Doberan I direkt in den Landtag gewählt und wiederholte diesen Erfolg bei der Landtagswahl am 4. September. Von 2011 bis 2016 war sie stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. Die 39-Jährige ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Patrick Dahlemann

Parlamentarischer Staatssekretär für Vorpommern



„Viele Herausforderungen unseres Landes stellen sich in Vorpommern besonders deutlich: gut bezahlte Arbeit, Wirtschaft weiter voranbringen, Daseinsvorsorge so organisieren, dass sich die Menschen nicht alleingelassen fühlen.

Es gibt vor Ort viele gute Ansätze. Um erfolgreich zu sein, müssen wir uns aber besser vernetzen und geschlossener für die Region kämpfen. Dazu gehört auch ein stärkeres Wir-Gefühl, mehr Selbstbewusstsein und Stolz auf das Erreichte.

Das sind meine wichtigsten Aufgaben. Ich will alle Akteure zusammenbringen, mich um jeden kümmern, der sich für Vorpommern einbringen möchte. Am Kabinetttisch will ich dafür sorgen, dass wir bei allen wichtigen Entscheidungen die Frage stellen: Haben wir beide Landesteile gleichermaßen im Blick?

Der mit 28 Jahren Jüngste im Kabinett stammt aus Pasewalk. Er trat mit 16 Jahren in die SPD ein und ist seit 2009 Mitglied der Stadtvertretung Torgelow und des Kreistages Uecker-Randow (jetzt Vorpommern-Greifswald). Bundesweit sorgte er für Schlagzeilen, als er 2013 bei einer NPD-Kundgebung in Torgelow spontan auf die Bühne ging und sich in einer engagierten Rede vor NPD-Anhängern und Einwohnern gegen die Parolen der NPD und gegen das Schüren von Ängsten vor einem in der Stadt geplanten Asylbewerberheim wandte. Im April 2014 rückte er als

Listen-Nachfolger für den ausscheidenden SPD-Abgeordneten Volker Schlotmann in den Landtag nach. Mit dem Eintritt in den Landtag brach er sein Studium der Politikwissenschaften und des Öffentlichen Rechts an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald ab und wechselte an die Fernuniversität Hagen. Bei der Landtagswahl im September gewann er im Wahlkreis Vorpommern-Greifswald IV das Direktmandat und überflügelte damit den favorisierten AfD-Kandidaten.



Fotos: Jens Büttner

Am 9. und 10. November konstituierten sich die Fachausschüsse - hier der Energieausschuss.

Fachausschüsse sind startklar

Landtag setzt neun ständige Ausschüsse ein

In der zweiten Landtagssitzung setzen die Abgeordneten traditionell auch die ständigen Ausschüsse ein. Davon wird es, wie auch in der vergangenen Wahlperiode, neun geben. Abgesehen von einer Enthaltung in den Reihen der AfD haben alle vier Fraktionen dem gemeinsam eingebrachten Antrag ohne Aussprache zugestimmt.

Die Fachausschüsse sind das Rückgrat des Landtages. Ihre Aufgabe ist es, sich intensiv mit den Inhalten von Gesetzentwürfen, Anträgen oder Sachfragen auseinanderzusetzen. Dazu können sie auch Sachverständige oder Interessenvertreter einladen und Anhörungen durchführen. Die Beschlussempfehlungen oder Sachberichte der Ausschüsse sind später die Grundlage für abschließende Beratungen und Abstimmungen im Landtag. Um den Informationsfluss zwischen Exekutive und Legislative möglichst optimal zu gestalten, hat der Landtag seine Fachausschüsse spiegelbildlich zu den Ministerien der Landesregierung gebildet. Lediglich der Petitionsausschuss, der sich um Eingaben, Bitten und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern kümmert, bildet hierbei eine Ausnahme.

Jeder Ausschuss hat elf Mitglieder. Die Besetzung erfolgt entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Grundlage ist das Berechnungsverfahren nach d'Hondt. Dementsprechend benennt die Fraktion der SPD je vier Mitglieder, die Fraktion der AfD je drei, die Fraktionen von CDU und DIE LINKE stellen pro Ausschuss je zwei Mitglieder. Auf die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter verständigen sich die Fraktionen im Ältestenrat. Den Vorsitz des Finanzausschusses



Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke und Ausschussvorsitzender Manfred Dachner bei der ersten Sitzung des Petitionsausschusses.

ses führt nach parlamentarischem Brauch stets ein Mitglied der Opposition. Die Ausschussvorsitzenden vertreten und leiten ihr Fachgremium neutral und überparteilich.

Die Ausschüsse tagen in der Regel in den beiden Wochen vor einer Landtagssitzung. Anders als Landtagssitzungen sind diese Beratungen gemäß Artikel 33 der Landesverfassung jedoch nicht öffentlich. Auch Medienvertreter sind nicht zugelassen. Das soll gewährleisten, dass die Abgeordneten die Themen offen, unvoreingenommen und ohne Druck auf ihre Meinungsbildung diskutieren können. Das ist im Übrigen ein Vorgehen, das jedes Bundesland individuell regelt. In Niedersachsen, Brandenburg (außer Petitionsausschuss), Nordrhein-Westfalen und Bayern, zum Beispiel, tagen die Fachausschüsse öffentlich. Bei Bedarf können die Ausschüsse im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern für einzelne Sitzungen oder Beratungsgegenstände aber auch die Nichtöffentlichkeit aufheben.

Antrag SPD, AfD, CDU, DIE LINKE Drucksache 7/32
Informationen zu den neun Fachausschüssen lesen Sie auf den folgenden Seiten.



v.l. Eva-Maria Kröger, Nils Saemann, Karen Larisch, Holger Arppe, Nikolaus Kramer, Manfred Dachner, Christel Weißig, Dirk Stamer, Maika Friemann-Jennert, Elisabeth Aßmann (nicht auf dem Foto Christiane Berg)

Petitionsausschuss

Vorsitzender: Manfred Dachner (SPD)
 Stellv. Vorsitzender: Dirk Stamer (SPD)

Aufgabenbereich

Jede Bürgerin, jeder Bürger, auch jedes Kind, hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten und Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden. Zur Bearbeitung von Bitten, Beschwerden und Vorschlägen von Bürgerinnen und Bürgern setzt der Landtag den Petitionsausschuss ein.

Der Petitionsausschuss kann helfen, wenn eine Zuständigkeit oder rechtliche Einwirkungsmöglichkeit der Landesregierung oder von Trägern öffentlicher Verwaltung des Landes gegeben ist. Eingaben, für deren Bearbeitung der Petitionsausschuss nicht zuständig ist, leitet er unverzüglich an die zuständige Stelle weiter.

Aus verfassungsrechtlichen Gründen kann der Petitionsausschuss gerichtliche Entscheidungen weder beeinflussen noch abändern oder aufheben. Auch in privatrechtlichen Auseinandersetzungen – beispielsweise im Nachbarschaftsrecht – kann der Petitionsausschuss nicht tätig werden.

Ausschuss-Sekretariat:

Telse Berckemeyer
 Tel. 0385 / 525-1510
 Fax: 0385 / 525 1515



Ausschussvorsitzender Manfred Dachner

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Elisabeth Aßmann Manfred Dachner Nils Saemann Dirk Stamer	Rainer Albrecht Philipp da Cunha Dirk Friedriszik Nadine Julitz
AfD	Holger Arppe Nikolaus Kramer Christel Weißig	Sandro Hersel Dirk Lerche Stephan J. Reuken
CDU	Christiane Berg Maika Friemann-Jennert	Dietmar Eifler Torsten Renz Wolfgang Waldmüller
DIE LINKE	Eva-Maria Kröger Karen Larisch	Jacqueline Bernhardt Simone Oldenburg



v.l. Jeannine Rösler, Peter Ritter, Ralf Mucha, Nikolaus Kramer, Jörg Kröger, Marc Reinhardt, Martina Tegtmeier, Enrico Komning, Ann Christin von Allwörden, Manfred Dachner, Dirk Friedriszik

Innen- und Europaausschuss

Ausschuss für innere Angelegenheiten und Angelegenheiten der Europäischen Union

Vorsitzender: Jörg Kröger (AfD)
 Stellv. Vorsitzende:
 Ann-Christin von Allwörden (CDU)

Aufgabenfelder

Der Innen- und Europaausschuss ist zuständig für kommunale Angelegenheiten, Grundsatzangelegenheiten des Verwaltungs- sowie Beamtenrechts, Polizei, Brand- und Katastrophenschutz, Strahlenschutz, Verfassungsschutz, Geoinformation, Vermessungs- und Katasterwesen sowie Medienrecht, Datenschutzrecht, Recht der Wappen- und Siegelführung, Glücksspielrecht, Ausländerrecht. Darüber hinaus ist der Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union, d. h. für Grundsatzangelegenheiten, die Ostseekooperation und das Informationsbüro in Brüssel zuständig. Der Innen- und Europaausschuss kontrolliert, begleitet und unterstützt als korrespondierender Fachausschuss die Regierungstätigkeit des Ministeriums für Inneres und Europa.



Ausschussvorsitzender Jörg Kröger

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Manfred Dachner Dirk Friedriszik Ralf Mucha Martina Tegtmeier	Tilo Gundlack Thomas Schwarz Dirk Stamer
AfD	Enrico Komning Nikolaus Kramer Jörg Kröger	Sandro Hersel Bert Obereiner Prof. Dr. Ralph Weber
CDU	Ann Christin von Allwörden Marc Reinhardt	Sebastian Ehlers Maika Friemann-Jennert Franz-Robert Liskow Torsten Renz
DIE LINKE	Peter Ritter Jeannine Rösler	Jacqueline Bernhardt Karsten Kolbe

Ausschuss-Sekretariat: Kathrin Herrmann
 Tel. 0385 / 525-1520, Fax: 0385 / 525 1525



v.l. Dr. Matthias Manthei, Christoph Grimm, Ralf Mucha, Jacqueline Bernhardt, Philipp da Cunha, Dirk Friedriszik, Thomas Schwarz, Holger Kliewe, Sebastian Ehlers, Peter Ritter, Prof. Dr. Ralph Weber

Rechtsausschuss

Ausschuss für Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung, Immunitätsangelegenheiten, Bundesangelegenheiten und internationale Angelegenheiten

Vorsitzender: Dirk Friedriszik (SPD)
Stellv. Vorsitzender: Christoph Grimm (AfD)

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Philipp da Cunha Dirk Friedriszik Ralf Mucha Thomas Schwarz	Elisabeth Aßmann Thomas Krüger Nils Saemann Jochen Schulte Martina Tegtmeier
AfD	Christoph Grimm Dr. Matthias Manthei Prof. Dr. Ralph Weber	Ralf Borschke Sandro Hersel Enrico Komning
CDU	Sebastian Ehlers Holger Kliewe	Maika Friemann-Jennert Vincent Kokert Burkhard Lenz Torsten Renz
DIE LINKE	Jacqueline Bernhardt Peter Ritter	Karsten Kolbe Jeannine Rösler



Ausschussvorsitzender Dirk Friedriszik und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Aufgabenfelder

Der Rechtsausschuss kontrolliert als Fachausschuss die Regierungstätigkeit die Regierungstätigkeit des Justizministeriums im Hinblick auf das Justizwesen (einschließlich der Juristenausbildung), den Justizvollzug, die Sozialen Dienste, das Gnadenwesen, Verfassung und Recht, Verbraucherschutz sowie Kirchenangelegenheiten. Im Bereich der Bundes- und internationalen Angelegenheiten steht der Ausschuss der Staatskanzlei gegenüber.

Die Ausschussmitglieder sind zugleich Mitglieder des besonderen Ausschusses im Sinne der Landesverfassung, dem die Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts obliegt.

Ausschuss-Sekretariat:

Georg Strätker
Tel. 0385 / 525-1530
Fax: 0385 / 525 1535



v.l. Jeannine Rösler, Tilo Gundlack, Egbert Liskow, Christian Brade, Bernhard Wildt, Dirk Lerche, Karsten Kolbe, Susann Wippermann, Dietmar Eifler, Sandro Hersel, Thomas Schwarz

Finanzausschuss

Vorsitzender: Bernhard Wildt (AfD)
 Stellv. Vorsitzender: Tilo Gundlack (SPD)

Aufgabenfelder

Zu den vorrangigen Aufgaben des Finanzausschusses gehört die Beratung des Landeshaushaltes. Der Landeshaushalt wiederum ist die Grundlage für die Staatstätigkeit des Landes im jeweiligen Haushaltsjahr, die der Finanzausschuss im Rahmen der parlamentarischen Haushaltskontrolle mit Hilfe von Zustimmungsvorbehalten und verschiedenen Informationsrechten begleitet.

Themenschwerpunkte der Arbeit des Finanzausschusses sind das Haushaltsrecht, die Haushaltssystematik, die Haushaltskontrolle, die Steuern und Abgaben, das Staatsvermögen und die Staatsschulden, die Personalausgaben und die Stellenplanangelegenheiten.

Als Fachgremium des Landtages kontrolliert der Finanzausschuss die Tätigkeit der Landesregierung.

Ausschuss-Sekretariat:

Patrick Albrecht
 Tel. 0385 / 525-1540
 Fax: 0385 / 525 1545



v.l. Patrick Albrecht (Landtagsverwaltung), Ausschussvorsitzender Bernhard Wildt, Vizepräsidentin Beate Schlupp

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Christian Brade Tilo Gundlack Thomas Schwarz Susann Wippermann	Jörg Heydorn Thomas Krüger Ralf Mucha Jochen Schulte Martina Tegtmeier
AfD	Sandro Hersel Dirk Lerche Bernhard Wildt	Christoph Grimm Leif-Erik Holm Christel Weißig
CDU	Dietmar Eifler Egbert Liskow	Holger Kliewe Burkhard Lenz Marc Reinhardt Torsten Renz
DIE LINKE	Karsten Kolbe Jeannine Rösler	Torsten Koplín Peter Ritter



v.l. Wolfgang Waldmüller, Jochen Schulte, Susann Wippermann, Rainer Albrecht, Helmut Holter, Jörg Heydorn, Dietmar Eifler, Leif-Erik Holm, Dr. Gunter Jess, Torsten Koplín, Thomas de Jesus Fernandes

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit

Vorsitzender: Dietmar Eifler (CDU)

Stellv. Vorsitzender: Helmut Holter (DIE LINKE)



Ausschussvorsitzender Dietmar Eifler

Aufgabenfelder

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit beschäftigt sich u. a. mit den Themen Wirtschafts- und Strukturpolitik, Unternehmensansiedlungen, -erweiterungen und -nachfolge, Existenzgründungen, Handwerk, Handel, Freie Berufe, Dienstleistungen, Tourismus, (Verbund-)Forschung, Entwicklung, Innovation, Technologie, Gesundheitswirtschaft, maritime Wirtschaft, Abfallwirtschaft und Arbeit.

Als Fachgremium des Landtages Mecklenburg-Vorpommern kontrolliert der Ausschuss die Regierungstätigkeit des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Ausschuss-Sekretariat:

Cornelia Gottschalk
Tel. 0385 / 525-1550
Fax: 0385 / 525 1555

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Rainer Albrecht Jörg Heydorn Jochen Schulte Susann Wippermann	Christian Brade Philipp da Cunha Tilo Gundlack
AfD	Leif-Erik Holm Dr. Gunter Jess Thomas de Jesus Fernandes	Holger Arppe Bert Obereiner Prof. Dr. Ralph Weber
CDU	Dietmar Eifler Wolfgang Waldmüller	Sebastian Ehlers Burkhard Lenz Torsten Renz
DIE LINKE	Helmut Holter Torsten Koplín	Eva-Maria Kröger Dr. Mignon Schwenke



v.l. Jörg Kröger (für ihn ist jetzt Holger Arppe im Agrarausschuss) Thomas Krüger, Nils Saemann, Dr. Mignon Schwenke, Andreas Butzki, Elisabeth Aßmann, Jürgen Strohschein, Dr. Wolfgang Weiß, Ralph Borschke, Holger Kliewe, Burkhard Lenz

Agrarausschuss

Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt

Vorsitzende: Elisabeth Aßmann (SPD)
 Stellv. Vorsitzender: Holger Kliewe (CDU)

Aufgabenfelder

Landwirtschaftliche Produktion, Forst und Jagd, Ernährungswirtschaft, Fischerei, Entwicklung ländlicher Räume, Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union, Umwelt-, Arten- und Biotopschutz, Netzwerk Natura-2000 Landschaftspflege, Wasserwirtschaft, Abwasserbehandlung, Meeresumweltschutz, Immissionsschutz, gesundheitlicher Verbraucherschutz.

Als Fachgremium des Landtages Mecklenburg-Vorpommern kontrolliert er die Regierungstätigkeit des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Ausschuss-Sekretariat:

Dr. Wolfgang Röhl
 Tel. 0385 / 525-1560
 Fax: 0385 / 525 1565



Ausschussvorsitzende Elisabeth Aßmann

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Elisabeth Aßmann Andreas Butzki Thomas Krüger Nils Saemann	Christian Brade Nadine Julitz Dirk Stamer
AfD	Holger Arppe Ralf Borschke Jürgen Strohschein	Thomas de Jesus Fernandes Dirk Lerche
CDU	Holger Kliewe Burkhard Lenz	Vincent Kokert Torsten Renz Beate Schlupp
DIE LINKE	Dr. Mignon Schwenke Dr. Wolfgang Weiß	Helmut Holter Eva-Maria Kröger



v.l. Simone Oldenburg, Franz-Robert Liskow, Marc Reinhardt, Tilo Gundlack, Dirk Stamer, Andreas Butzki, Stephan J. Reuken, Karsten Kolbe, Nadine Julitz, Dr. Gunter Jess, Prof. Dr. Ralph Weber

Bildungsausschuss

Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Vorsitzender: Marc Reinhardt (CDU)

Stellv. Vorsitzender: Andreas Butzki (SPD)



Ausschussvorsitzender Marc Reinhardt

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Andreas Butzki Tilo Gundlack Nadine Julitz Dirk Stamer	Rainer Albrecht Christian Brade Manfred Dachner Jörg Heydorn Susann Wippermann
AfD	Dr. Gunter Jess Stephan J. Reuken Prof. Dr. Ralph Weber	Holger Arppe Thomas de Jesus Fernandes Jörg Kröger
CDU	Franz-Robert Liskow Marc Reinhardt	Ann Christin von Allwörden Torsten Renz Wolfgang Waldmüller
DIE LINKE	Karsten Kolbe Simone Oldenburg	Eva-Maria Kröger Karen Larisch

Aufgabenfelder

Der Bildungsausschuss beschäftigt sich mit den Themen: Allgemeinbildende Schulen (Schulgestaltung, Schulaufsicht und Schulentwicklung), Berufliche Schulen und Erwachsenenbildung, Wissenschaft und Forschung, Hochschulen, Kultur, Landeszentrale für politische Bildung, Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Als Fachgremium des Landtages kontrolliert der Bildungsausschuss die Regierungstätigkeit des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Ausschuss-Sekretariat:

Patrick Albrecht (kommissarisch)

Tel. 0385 / 525-1570

Fax: 0385 / 525 1575



v.l. Eva-Maria Kröger, Rainer Albrecht, Jochen Schulte, Dr. Mignon Schwenke, Christiane Berg, Martina Tegtmeier, Stephan J. Reuken, Philipp da Cunha, Ralph Borschke, Bert Obereiner, Franz-Robert Liskow

Energieausschuss

Ausschuss für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung

Vorsitzender: Rainer Albrecht (SPD)
Stellv. Vorsitzender: Bert Obereiner (AfD)

Aufgabenfelder

Das Aufgabenspektrum des Energieausschusses umfasst die Bereiche: Energie, Infrastruktur, Breitbandausbau, Digitalisierung, Verkehr, Städte- und Wohnungsbau sowie Raumordnung und Landesentwicklung.

Wesentliche Inhalte seiner Arbeit konzentrieren sich auf eine zukunftsweisende Energiepolitik, die Planung sowie die Umsetzung zentraler und überörtlicher Infrastrukturmaßnahmen an Land und in den Küstengewässern, den Breitbandausbau und die Digitalisierung sowie den Städte- und Wohnungsbau im Land.

Der Energieausschuss kontrolliert, begleitet und unterstützt als korrespondierender Fachausschuss die Regierungstätigkeit des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung.

Ausschuss-Sekretariat:

Gerald Gutzeit
Tel. 0385 / 525-1580
Fax: 0385 / 525 1585



Ausschussvorsitzender Rainer Albrecht und Vizepräsidentin Beate Schlupp

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Rainer Albrecht Philipp da Cunha Jochen Schulte Martina Tegtmeier	Andreas Butzki Dirk Friedrizsik Tilo Gundlack Thomas Schwarz Susann Wippermann
AfD	Ralf Borschke Bert Obereiner Stephan J. Reuken	Christoph Grimm Jürgen Strohschein Bernhard Wildt
CDU	Christiane Berg Franz-Robert Liskow	Dietmar Eifler Holger Kliewe Egbert Liskow Torsten Renz Wolfgang Waldmüller
DIE LINKE	Eva-Maria Kröger Dr. Mignon Schwenke	Helmut Holter Dr. Wolfgang Weiß



v.l. Thomas Krüger, Jörg Heydorn, Jacqueline Bernhardt, Nadine Julitz, Torsten Koplin, Maika Friemann-Jennert, Christian Brade, Thomas de Jesus Fernandes, Sebastian Ehlers, Prof. Dr. Ralph Weber, Christel Weißig

Sozialausschuss

Ausschuss für Soziales, Integration und Gleichstellung

Vorsitzender: Torsten Koplin (DIE LINKE)
Stellv. Vorsitzende: Nadine Julitz (SPD)

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Christian Brade Jörg Heydorn Nadine Julitz Thomas Krüger	Elisabeth Aßmann Andreas Butzki Manfred Dachner Ralf Mucha Nils Saemann Dirk Stamer
AfD	Thomas de Jesus Fernandes Prof. Dr. Ralph Weber Christel Weißig	Holger Arppe Nikolaus Kramer
CDU	Sebastian Ehlers Maika Friemann-Jennert	Ann Christin von Allwörden Christiane Berg Franz-Robert Liskow Torsten Renz
DIE LINKE	Jacqueline Bernhardt Torsten Koplin	Karsten Kolbe Karen Larisch



Ausschussvorsitzender Torsten Koplin

Aufgabenfelder

Der Sozialausschuss beschäftigt sich mit den Themen Soziales, Integration, Gleichstellung sowie Kindertagesförderung, Pflege, Inklusion, Familie, Senioren und Jugend.

Als einer von neun Fachausschüssen des Landtages kontrolliert er die Regierungstätigkeit des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleichstellung.

Ausschuss-Sekretariat:

Werner Lang
Tel. 0385 / 525-1590
Fax: 0385 / 525 1595



Fotos: Jens Böttner

Auch die zweite Sitzung des Landtages fand wegen der Plenarsaal-Bauarbeiten nicht im Schloss, sondern im Konzertfoyer des Schweriner Theaters statt.

Richtergehalt bestimmt Höhe der Diäten

Neues Abgeordnetengesetz hält an bisheriger Regelung fest

Die Landtagsabgeordneten erhalten künftig mehr Geld für Mitarbeiter und die Arbeit in ihrem Wahlkreis. Der Landtag hat in seiner zweiten Sitzung dem neuen Abgeordnetengesetz mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE LINKE zugestimmt. Damit bekommen die Abgeordneten nun auch höhere Zuschüsse, falls sie am Landtagsitz eine Zweitwohnung benötigen, sowie ein Tagegeld, wenn Dienstreisen sie über M-V hinaus führen. Nicht zuletzt trifft das Gesetz Vorkehrungen für den Fall, dass sich eine Fraktion spaltet: Dann wird das Geld, das ihr als Gesamtfraktion zustehen würde, aufgeteilt. Die Diäten der Abgeordneten richten sich auch weiterhin nach der Richterbesoldung.

Die Beschlussempfehlung anzunehmen, schaffe Rechtssicherheit über die finanziellen Grundlagen der Parlamentsarbeit, betonte **Sylvia Bretschneider** in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Vorläufigen Ausschusses. Die Diäten seien ein Punkt, „der die Bürger wirklich sehr bewegt“. Das sei nachvollziehbar, schließlich müssten die Abgeordneten, im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen, selbst über ihre Entschädigung befinden. „Dieses Recht ist für uns aber vor allem eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung, hier besonders transparent, verantwortungsvoll und mit Augenmaß vorzugehen.“ Ganz in diesem Sinne werde die bisherige Regelung

beibehalten. „Das heißt, wir Abgeordnete werden auch in der neuen Wahlperiode bezahlt wie bisher: wie ein Vorsitzender Richter am Landgericht.“ Die Entschädigung derer, die Gesetze beschließen, an diejenigen zu koppeln, die über ihre Anwendung urteilen, habe sich bewährt, so Bretschneider.

„Wir werden dem Gesetzentwurf nicht zustimmen“, machte **Leif-Erik Holm**, Fraktionsvorsitzender der AfD, deutlich. „Die geplanten Änderungen kosten den Steuerzahler 1,125 Millionen Euro plus weitere Kosten, die noch nicht quantifizierbar sind. Das ist zu viel.“ Kritik übte er am Mietkostenzuschuss, an den neuen Zuschüssen für ältere Wahlkreisbüros sowie am Tagegeld für Dienstreisen. Und an den Diäten. Deren Höhe gehe zwar „in Ordnung“, fraglich sei aus seiner Sicht jedoch die Verknüpfung mit den Richtergehältern. Er regte an, als Anreiz für eine „gute Politik“ die Bezüge „an den Lohnindex in der freien Wirtschaft zu koppeln“. „Das sind aber alles Kleinigkeiten im Vergleich zu dem, wo die Ente wirklich fett wird: hinten nämlich“ – bei den Übergangsgeldern und der Altersversorgung von Abgeordneten, so Holm. Um diese zu erreichen, müsste „Otto Normalrentner“ wohl 100 Jahre arbeiten. „Hier liegen die wirklich großen Einsparpotenziale.“ Nicht unerwähnt ließ er abschließend den Vorschlag, bei Fraktionsspaltungen kein doppeltes Geld auszuzahlen: „Ich weiß zwar nicht, wie Sie darauf kommen, dass das mal passieren könnte, aber wir finden die Regelung gut.“

Thomas Krüger, Fraktionsvorsitzender der SPD, zeigte sich überrascht über Holms Kritik: „Das Abgeordnetengesetz liegt seit vielen Wochen vor. Wir haben versucht, mit allen Fraktionen über den Entwurf zu reden. Die AfD hat uns mehrfach erläutert, dass sie noch Zeit benötigen würde, um Änderungen einzupflegen.“ Ob die Zeit tatsächlich nicht ausgereicht oder die Fraktion es schlichtweg „verpennt“ habe, Änderungen vorzuschlagen, könne er nicht beurteilen. Fakt sei jedoch: „Von Ihrer Seite liegt nichts vor, außer jetzt Ihre Einlassungen.“ Der Vorschlag, die Diäten an Bezüge der freien Wirtschaft zu koppeln, sei alles andere als „prakti-

kabel“. Auf welcher Datengrundlage solle das denn geschehen?, hinterfragte Krüger. „Wenn Sie beispielsweise die Managergehälter nehmen, dann schlagen Sie gerade vor, die Gehälter der Landtagsabgeordneten deutlich zu erhöhen.“ Auch über die Ruhestandsbezüge hätte man, so Krüger, miteinander diskutieren können. „Meine Bitte ist, dass Sie nächstes Mal auf uns zukommen, und wenn Sie nicht auf uns zukommen wollen, mit Anträgen arbeiten und wir uns dann richtig damit beschäftigen können.“

„Wenn Kollege Holm Unternehmer wäre, wäre er nach dieser Rede schon pleite“, warf **Peter Ritter** von den Linken ein. „Das war keine unternehmerische Leistung. Das war eine Aufzählung von Kritikpunkten, ohne einen Lösungsvorschlag zu bringen. Das muss ein Unternehmer-Abgeordneter aber leisten, wenn er sich seine Diäten verdienen will.“ Dass die Zeit für Änderungsvorschläge nicht gereicht habe, lasse er als Argument nicht gelten. Die Grünen und die FDP hätten das, als sie neu im Landtag waren, auch geschafft. Regelrecht „zusammengezuckt“ sei er am Beginn von Holms Rede, so Ritter. Die Anrede habe ihn erinnert an einen Abgeordneten einer Fraktion, „die zum Glück nicht mehr im Landtag sitzt“, der seine Reden permanent mit dem Ausruf „Bürger des Landes“ begonnen habe. „Das widerspricht erstens der Geschäftsordnung“, so Ritter. „Zweitens arbeiten wir nicht nur für die Bürger, sondern auch für die Bürgerinnen dieses Landes. Meine Fraktion noch viel lieber für die Einwohnerinnen und Einwohner, denn nicht alle Menschen, die hier leben, haben in diesem Land Bürgerrechte. Das sollte Ihnen deutlich ins Stammbuch geschrieben sein.“

Den Vorwurf, „das Geld zum Fenster rauszuwerfen“, ließ auch die CDU nicht unkommentiert stehen. Der Großteil der Kosten – nämlich 945.000 Euro – entfalle auf eine bessere Entlohnung von Mitarbeitern, rechnete **Torsten Renz** vor. „Ich glaube, es ist mehr als gerechtfertigt, dass wir diesen Schritt gehen.“ „Besonders verärgert“ sei er darüber, dass die AfD



Foto: Jens Büttner

Thomas Krüger, Fraktionsvorsitzender der SPD, bei seiner Rede zum Abgeordnetengesetz.

den Eindruck erwecke, alle ausscheidenden Abgeordneten legen sich drei Jahre lang „auf die faule Matte“ und kassieren Übergangsgelder. „Das ist einfach nicht zutreffend.“ Aus einer Analyse in der vergangenen Legislaturperiode gehe hervor, dass von rund 150 Abgeordneten ein Drittel gar kein und ein Drittel nicht länger als zwölf Monate lang Übergangsgeld bezogen habe. Renz legte der AfD nahe, künftig „nicht einfache Dinge in den Raum zu stellen“, sondern mit Fakten zu arbeiten. „Aufregen“ könne er sich auch darüber, dass die Fraktion offenbar nicht in der Lage sei, Änderungsanträge zu stellen. „Dann biete ich Ihnen Hilfe an. Diese zwei Sätze können wir gerne für Sie formulieren. Sie aber hier hinzustellen und zu sagen, alles ist schlecht, ist doch wohl nicht Ihr Ernst.“

Am Ende der Debatte stimmten SPD, CDU und DIE LINKE den Änderungen zu. Von den Abgeordneten der AfD sprach sich ein Teil dagegen aus, der andere enthielt sich.

*Gesetzentwurf SPD, CDU, DIE LINKE Drucksache 7/6
Beschlussempfehlung vorläufiger Ausschuss Drucksache 7/25*

Finanzierung der Abgeordneten und der Fraktionen

Abgeordnete

Die Entschädigung der Abgeordneten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern lehnt sich an die Besoldung eines Vorsitzenden Richters am Landgericht an. Gemäß § 28 Abgeordnetengesetz M-V wird die Grundentschädigung jeweils am 1. Januar eines jeden Jahres entsprechend der Entwicklung der Beamten- und Richterbesoldung im Land angepasst. Die jeweils aktuelle Höhe der Entschädigung wird im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes, im Handbuch und auf der Website des Landtages öffentlich und transparent gemacht.

Entschädigung

Seit Januar 2016 bekommen die Abgeordneten eine zu versteuernde Grundentschädigung in Höhe von 5.749,22 Euro. Davon erhalten sie aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen einen monatlichen steuerpflichtigen Auszahlungsbetrag von 5.733 Euro brutto.

Parlamentarische Sonderfunktionen

Für die Ausübung ihrer besonderen parlamentarischen Ämter erhalten die Landtagspräsidentin und die Fraktionsvorsitzenden den doppelten Betrag der Grundentschädigung. Den Vizepräsidentinnen steht zusätzlich jeweils die Hälfte der Grundentschädigung zu. Die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen erhalten eine zusätzliche monatliche Entschädigung in Höhe von 75 Prozent der Grundentschädigung.

Amtsausstattung

Zur Abgeltung der im Zusammenhang mit dem Mandat stehenden Ausgaben erhält jeder Abgeordnete eine so genannte Amtsausstattung, die Geld- und Sachleistungen umfasst. Gemäß Abgeordnetengesetz Mecklenburg-Vorpommern erhält ein Abgeordneter seit Januar 2016 eine monatliche steuerfreie Pauschale in Höhe von 1.339 Euro (Kostenpau-

Weitere Beschlüsse

Parlamentarische Kontrollkommission

Der Parlamentarischen Kontrollkommission sollen künftig fünf statt sechs Mitglieder angehören. Diese Änderung erleichtere die Bildung von Mehrheiten und stelle sicher, dass sich die parlamentarischen Kräfteverhältnisse auch in der Kontrollkommission widerspiegeln, sagte SPD-Fraktionschef Thomas Krüger in der ersten Lesung zur geplanten Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes. Aufgabe der Parlamentarischen Kontrollkommission ist es, den Verfassungsschutz zu kontrollieren.

Der AfD gingen die Pläne der beiden Regierungsfractionen nicht weit genug. Sie brachte deshalb einen eigenen Gesetzentwurf ein. Auch er geht von fünf Mitgliedern aus, sichert in seiner Formulierung aber ausdrücklich jeder Fraktion mindestens einen Sitz im Ausschuss zu. Diese Regelung wurde 2011 mit Blick auf die NPD im Landtag abgeschafft. Seitdem erhielt die Opposition unabhängig von der Anzahl ihrer Fraktionen insgesamt zwei Plätze in der Kommission. Diese entfielen in der vergangenen Wahlperiode auf die Linken und Grünen.

Bei fünf Kommissionsmitgliedern stünden der SPD-Fraktion zwei Sitze zu, den Fraktionen von AfD, CDU und DIE LINKE je einer. Beide Gesetzentwürfe wurden zur weiteren Beratung in den Innen- und Europaausschuss verwiesen.

Gesetzentwurf CDU/SPD Drucksache 7/31

Gesetzentwurf AfD Drucksache 7/38

Schulsozialarbeit

Die Landesregierung unternimmt nach Einschätzung der Linken zu wenig, um die Schulsozialarbeit im Land dauerhaft zu sichern. Mit einem Dringlichkeitsantrag wollte die Links-

schale). Dieses Geld dient zur Betreuung des Wahlkreises und soll insbesondere die Büromiete sowie Kosten für Mobiltelefon, Schreibarbeiten, Porto und Telefon decken. Ein Abgeordneter, der Amtsbezüge als Mitglied der Landesregierung bezieht, erhält 75 Prozent der Kostenpauschale.

Zur Amtsausstattung zählen auch die unentgeltliche Benutzung der Telefone im Landtagsgebäude, soweit dies zur Mandatsausübung erforderlich ist, und die unentgeltliche Nutzung eines vom Landtag zur Verfügung gestellten Tablet-Computers. Durch den Einsatz dieser Computer spart der Landtag rund 25 Tonnen Papier pro Jahr.

Fraktionen

Jede Fraktion erhält zur Finanzierung ihrer parlamentarischen Arbeit einen Fraktionszuschuss. Im Haushalt des Landtages für 2017 sind dafür rund 5,9 Mio. Euro eingeplant. Dieser Zuschuss setzt sich zusammen aus einem festen Grundbetrag, einem



Foto: Jens Büttner

Mit einer Demonstration vor dem Schweriner Theater appellierten Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter an die Landespolitiker, die Schulsozialarbeit finanziell zu sichern.

fraktion deshalb das Thema auf die Tagesordnung der aktuellen Sitzung am 1. November setzen. Auch der neue Koalitionsvertrag lasse viele Mitarbeiter im Regen stehen, warf Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE) der Großen Koalition bei ihrer Antrags-Begründung vor. Davon seien insbesondere all jene Schulsozialarbeiter betroffen, die über das Bildungs- und Teilhabepaket finanziert würden. In ihrem Antrag fordert DIE LINKE ein finanziell verlässliches und flächendeckendes Konzept sowie eine gesetzliche Verankerung der Schulsozialarbeit.

Birgit Hesse wies die Kritik der Linken zurück. Die Regierung habe den Regenschirm längst aufgespannt. „Die Schulsozialarbeit, die Jugendsozialarbeit und auch die Produktionsschulen sind bis 2021 gesichert. Das steht im Koalitionsvertrag. Und es steht dort auch, dass wir sogar über 2021 hinausgehen.“ Aus diesem Grund sei keine Dringlichkeit gegeben, so Hesse. Das sahen auch die anderen Mitglieder der Koalitionsfraktionen so. Deshalb schaffte es der Antrag nicht auf die Tagesordnung.

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/41

festen Betrag für jedes Mitglied der Fraktion und einem Spezialisierungszuschlag. Oppositionsfraktionen erhalten zusätzlich einen Oppositionszuschlag. Die Fraktionen verwenden diese Mittel in eigener Verantwortung und sind verpflichtet, jährlich darüber Rechenschaft abzulegen. Aus den Zuschüssen werden unter anderem die Gehälter der Fraktionsmitarbeiter finanziert. Deren Anzahl ist nicht festgelegt. Die Verwendung der Fraktionsgelder für Parteiaufgaben ist unzulässig.

Abgeordnetengesetz

Die Entschädigung der Abgeordneten, die Altersversorgung, die Rechte und Pflichten, die Verhaltensregeln und weitere Fragen zur Abgeordnetentätigkeit sind geregelt im Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz).



Der Club Europa Schwerin erzählte tänzerisch von der Zeit „Zwischen den Kriegen“.

Text und Fotos: Juliane Fuchs

Zurück in die Gegenwart

12. Jugendgeschichtstag in Schwerin

„I love MV – ich liebe MV“, diese Botschaft verbreitet Grafik-Design-Schülerin Laura Albrecht mit einem Drei-Meter-Geweih eines längst ausgestorbenen Riesenhirschs aus dem Müritzeum in Waren an der Müritz. „Etwas abgefahren“, räumt sie ein. Aber das Exponat habe sie fasziniert und seine Vergangenheit auch. „Geschichte für junge Leute – virtuell“ heißt die Arbeit der Medien- und Informatikschule Greifswald – eines von 20 Projekten, die etwa 120 Jugendliche beim 12. Jugendgeschichtstag Mecklenburg-Vorpommern im Schweriner Rittersaal vorstellten.

„Wir wollten Geschichte mal etwas anders transportieren“, sagt Laura Albrecht und zeigt ihr „I love MV“-Logo, angelehnt an den „I love NY“-Slogan. Die Greifswalderin ersetzte das englische Wort „love“ schlicht durch das Riesengeweih aus dem virtuellen Landesmuseum Mecklenburg-Vorpommern. Eben mit dieser kreativen Herangehensweise scheint Laura Albrecht der ersten Vize-Präsidentin des Landtages aus der Seele zu sprechen. „Geschichte ist doch nichts, was man auf Krampf in sich reinstopft und dann sofort wieder vergisst“, sagt **Beate Schlupp** bei der Messe-Eröffnung im Schweriner Rittersaal, unweit des Schlosses. Ansprüche könnten viel besser verwirklicht werden, wenn man sich Zeit für konkrete Projekte nehme und Geschichte vor Ort erlebbar mache, so die Politikerin.



Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp beim Eröffnungs-Interview.



Grafik-Design-Schülerin Laura Albrecht aus Greifswald wirbt mit dem Riesengeweih aus dem virtuellen Landesmuseum im Logo für Mecklenburg-Vorpommern.

Das Programm „Zeitensprünge“ wird seit 2003 vom Landesjugendring M-V unterstützt und betreut. Seitdem machten mehr als 5000 Jugendliche in rund 500 Projekten mit. Dabei befragten die Schüler vor allem Ältere, die noch aus eigenen Erleben über die NS-Zeit, die Nachkriegsjahre und das Leben in der DDR berichten können. Heraus kamen Arbeiten wie die vom Evangelischen Kinder- und Jugendwerk Mecklenburg-Strelitz und Stavenhagen über „Neustrelitz und die Stationierung russischer Streitkräfte 1945 bis 1993“, die vom Greifengymnasium Ueckermünde über „Jüdisches



Der 12. Jugendgeschichtstag zog rund 250 Besucher in den Schweriner Rittersaal.

Leben während des Nationalsozialismus in Ueckermünde“ und die von der Buddenhagener Dorfgemeinschaft e.V. über „das Lager der Roten Armee im Wald von Buddenhagen um 1945“. Andere Zeiteinsparner präsentierten selbstgedrehte Filmsequenzen, Interviews und Videoschnipsel aus der Vergangenheit. Mit ihrer Tanz-Performance „Zwischen den Kriegen“ eröffneten die Tänzerinnen vom Club Europa Schwerin e.V. den Jugendgeschichtstag.

So unterschiedlich die Herangehensweisen der Jugendlichen auch sind, so sehr ähneln sich doch die Erfahrungen der jungen Teilnehmer: Die Zeiteinsparner-Projekte wecken nicht nur das Heimatgefühl bei den Mädchen und Jungen, sondern stärken auch deren emotionale Bindung an ihre Region. Das wirkt nicht nur auf die Jugendlichen, sondern auch auf die anwesenden Landtagsabgeordneten wie Christian Brade, Philipp da Cunha (beide SPD), Torsten Renz (CDU) und Karen Larisch (DIE LINKE). „Ich habe mich vor einiger Zeit mit meinem Vater auf eine Zeitreise in seine Vergangenheit begeben“, erzählt Torsten Renz. Es sei sehr ergreifend gewesen – für ihn und für seinen Vater.

„Schon zu viel altes Wissen scheint inzwischen verloren gegangen zu sein“, sagt Beate Schlupp. Dem wirken die Zeiteinsparner mit ihren Arbeiten entgegen – in außerschulischen Projekten, mit viel Aufwand und Leidenschaft für die Geschichte vor ihrer Haustür. Auch Anne-Kristin Grut, Jette Krüger und Sophie Herstein vom Gymnasialen Schulzentrum Stralendorf begaben sich gemeinsam mit ihren Mitschülern der Klassenstufen neun und zehn in ihrer Freizeit auf Spurensuche. „Wir haben Denkmäler in Stralendorf und Umgebung besucht, Informationen gesammelt und alles in einer Broschüre zusammengefasst“, sagen die Jugendlichen. „Die



Anne-Kristin Grut, Jette Krüger und Sophie Herstein vom Gymnasialen Schulzentrum in Stralendorf erarbeiteten eine Broschüre über Denkmale in ihrer Region.

Texte sind alle von uns und unseren Mitschülern.“ Das Heft „Denkmale in Stralendorf und Umgebung“ liegt jetzt in verschiedenen Tourismus-Informationen aus und empfiehlt besondere Radtouren für Entdecker. Auf diese Art honoriert nun auch die Gemeinde die Arbeit der jungen Historiker. Ähnlich verhielt es sich bei Laura Albrecht und ihren Kommilitonen von der Medien- und Informatikschule Greifswald. „Natürlich haben wir unsere Arbeiten dem Landesmuseum Mecklenburg vorgestellt“, erzählt die junge Frau. „Die Reaktionen waren zuerst überrascht und dann sehr positiv.“ Ob mehr aus den Arbeiten wie der „I love MV“-Botschaft mit dem Riesengeweihe werde, sei aber noch offen.

Video



Ein Video vom Jugendgeschichtstag gibt es auf dem YouTube-Kanal des Landtages unter www.landtag-mv.de



Die Delegation aus Deutschland in einem Wahl-Center in Denver

Gerade jetzt Kontakte verstärken

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider erlebte US-Wahlkampf live mit

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hat im Rahmen der Deutsch-Amerikanischen Vereinigung der Länderparlamentarier die USA besucht und den Präsidentschaftswahlkampf wie auch die Wahl aus unmittelbarer Nähe erlebt. In Denver (Bundesstaat Colorado) traf sie die Wahlkampfteams beider Kandidaten. SVZ-Chefredakteur Michael Seidel sprach am Tag nach dem Wahlsieg von Donald Trump mit Sylvia Bretschneider.

Frau Präsidentin, was waren Ihre Eindrücke in den Teams?

Die Polarisierung war im Vorfeld mit Händen zu greifen. Einfache Menschen, etwa Taxifahrer, sagten, sie seien keine Trump-Anhänger, aber sie hätten auch viel Kritik an Clinton. Der Vorwurf, in Washington würden die Probleme der einfachen Bürger nicht mehr erkannt, war allgegenwärtig. Sehr aggressive Stimmung.

Wie reagierten Ihre US-Abgeordnetenkollegen gestern?

Als klar wurde, dass die ersten Swing-States an Trump fielen, gab es sehr emotionale Reaktionen. Andererseits gab es ein riesiges Interesse: Die Leute strömten zu Tausenden zu den Parteiveranstaltungen, aber auch in die Stimmräume, wo ausgezählt wurde. Die Mehrheit will nach meinem Eindruck jetzt einen Heilungsprozess, eine Aussöhnung zwischen den Lagern. Trumps erste Bemerkungen lassen da ja zumindest hoffen.

Was schlussfolgern Sie für den Parlamentarismus bei uns?

Die Art und Weise der Trump-Kampagne war schon sehr vergleichbar mit der der AfD. Andererseits habe ich hier ge-



Fotos: Landtag M-V

Am 7. November sprach Sylvia Bretschneider im Colorado Capitol Building mit Dickey Lee Hullinghorst, Sprecherin des House of Representatives (vergleichbar mit dem Amt der Landtagspräsidentin) über die Parlamentsarbeit auf Bundesebene.

lernt, wie beinahe aggressiv politische Aufklärung betrieben wurde. Niemand konnte sagen, er wüsste nicht, wie was funktioniert.

Was lehrt die Wahl für die transatlantische Partnerschaft?

Einmütiges Fazit unserer Delegation: gerade jetzt die Kontakte verstärken. Wir können aber auch eine ganze Menge lernen – zur Vereinfachung der Wahlprozedere, aber insbesondere, was die Einbeziehung der Menschen in politische Prozesse angeht. So standen hier in Colorado neben der Präsidentschaftsfrage noch diverse Grundsatzfragen zur Abstimmung: Erhöhung des Mindestlohns – angenommen, aktive Sterbehilfe – angenommen, Krankenversicherung für alle – abgelehnt. Ich glaube, wir müssen mutiger sein, direktdemokratische Instrumente zu praktizieren – bei sorgsamer Abwägung, welche Fragen wir zu Abstimmung stellen.

Für wie wahrscheinlich halten Sie, dass auch bei uns Populisten regierungsfähig werden?

Ich sehe die Gefahr realistisch im Moment noch nicht. Aber es kommt darauf an, jetzt vehement für demokratische Verfahren und Instrumente zu werben. Je mehr Einbeziehung, desto mehr Anteilnahme. Auffällig war aber, dass es vielfältige Vernetzungen zwischen Republikanern und der AfD und sogar der NPD gibt. Da hilft nur: Mehr Demokratie wagen!

*Abdruck mit freundlicher Genehmigung
der Schweriner Volkszeitung*



Die Kisten mit den Einzelteilen der Lüftungsanlage schweben per Kran ins Dachgeschoss des Schlossgartenflügels.

Luftfahrt unters Dach

Lüftungsanlage für neuen Plenarsaal geliefert

Der Bau des neuen Plenarsaals kommt weiter voran. Am 28. November wurden die ersten Teile für die Lüftungsanlage geliefert.

Mit dem großen Baukran wurden die Einzelteile auf der Südportalseite des Schlosses in das siebente Stockwerk gehieft. Dort war extra eine vorhandene Fensteröffnung erweitert worden, um die Kisten auf kürzestem Wege an Ort und Stelle zu schaffen. Auf die gleiche Weise war in der vergangenen Woche schon die Kältemaschine in den Technikbereich für den neuen Plenarsaal transportiert worden. Die Lüftungsanlage wird nun vor Ort zusammengebaut und in die vorhandene Tragkonstruktion im Dachgeschoss eingepasst. Parallel läuft die Montage der Sprinklerleitungen, über die im Brandfall Wasser versprüht werden kann. Die Spinklerzentrale dafür wird zurzeit im Tiefkeller errichtet.

Alles läuft nach Plan – wie übrigens auch die Reparaturen an der Südfassade des Schlossgartenflügels. Seit letzter Woche sind die sandfarbenen Bauplanen gefallen. Wenn alle Putz- und Stuckarbeiten auftragsgemäß ausgeführt wurden und keine Nacharbeiten erforderlich sind, wird auch das Baugerüst abgebaut. Zum Jahresende soll der Anblick des Schlosses vom Kreuzkanal aus wieder ohne Makel sein!

Rückkehr in den Plenarsaal

Arbeiten im Schloss laufen mit Hochdruck

Die Sitzungen des Landtages am 7. und 8. Dezember können wie geplant wieder im alten Plenarsaal im Schweriner Schloss stattfinden. Dort wird das Landesparlament



Die sandfarbenen Gerüstplanen an der Südfassade des Schlosses sind schon fast komplett gefallen.

noch bis zur parlamentarischen Sommerpause Mitte kommenden Jahres tagen. Dann soll der neue, moderne Plenarsaal für die Abgeordneten zur Verfügung stehen.

Die Arbeiten laufen mit Hochdruck, damit der Zeitplan gehalten wird. Dort, wo früher die Abgeordneten den Plenarsaal betraten, entsteht eine neue zentrale Treppenanlage mit Aufzug, so dass ein neuer Zugang zum Saal geschaffen werden musste. Der Boden der Lobby wurde erhöht, damit es zukünftig möglich ist, den neuen Plenarsaal vom Aufzug des Hauptportals aus barrierefrei zu erreichen. Dies bedeutet, dass die Abgeordneten in der verbleibenden Zeit, in der der alte Plenarsaal noch für die Landtagssitzungen genutzt wird, diesen von der Lobby aus über Stufen betreten. Für diese Übergangszeit wird die Barrierefreiheit hier mit einer mobilen Rampe hergestellt.

Für die dritte Sitzung – nach Konstituierung und MP-Wahl, die wegen der Bauarbeiten im Schweriner Theater stattfanden – am 7. Dezember ist der alte Plenarsaal funktionsfähig – auch wenn statt des geplanten Terrazzobodens in der verkleinerten Lobby übergangsweise Nadelvlies als Bodenbelag ausliegt.



Für Barrierefreiheit im gesamten neuen Plenarbereich musste der Fußboden in der Lobby angehoben werden. Den tiefer liegenden alten Saal betritt man jetzt über diese Stufen.



Foto: Cornelius Kettler

Foto: Landtag M-V



Foto: Landtag M-V



Am 29. Oktober lud die Kulturnacht Schwerin mit vielfältigen Veranstaltungen in Museen, Theater, Galerien und besonderen Spielstätten ein. Im Programm durfte natürlich auch das Schweriner Schloss nicht fehlen. In der Hofdornitz, dem einstigen Waffensaal des Schlosses, war erstmals das restaurierte Portrait „Großherzogin Marie“ zu bewundern, und Restauratorin Renate Kühnen verriet, wie Profis alten Gemälden zu neuer Pracht verhelfen. Puppenspielerin Magrit Wischnewski war mit ihrem Schattentheater „Petermännchens abenteuerliche Reise zu den Pyramiden“ dabei, und Studenten des Studiengangs Architectural Lighting Design der Hochschule Wismar verzauberten die Kultur-Nachtschwärmer mit ihrem eigens für den Thronsaal entwickelten Lichtprojekt.

Die Landtagsnachrichten mit dem Sommer-Preisrätsels hatte Werner Hoffmann beim MV-Tag in seiner Heimatstadt Güstrow mitgenommen. Als er die Lösung nach Schwerin schickte, hätte er im Leben nicht geglaubt, dass er etwas gewinnen würde. Und dann flatterte der Brief ins Haus mit der Nachricht: Hauptgewinn! Der Besuchstermin im Schweriner Schloss war schnell vereinbart, und am 26. Oktober ging's zusammen mit Enkel Daniel Praschak mit dem MV-Ticket in die Landeshauptstadt. Der Rundgang durch das Schloss führte bis hinauf aufs Dach, und sogar einen Blick in die Plenarsaal-Baustelle konnten die beiden Güstrower werfen. Gekrönt wurde der Landtagsbesuch mit einem Essen à la carte in der Orangerie.

Am 7. und 8. November tagte die Arbeitsgruppe der Direktorinnen und Direktoren der deutschen Landesparlamente, beim Deutschen Bundestag und des Bundesrates „Chancen und Risiken des Internets“ im Schweriner Schloss. Elf deutsche Landesparlamente, der Deutsche Bundestag sowie des Niederösterreichische Landtag waren vertreten. Die Direktoren und leitenden Verwaltungsmitarbeiter tauschten sich insbesondere zu technischen Fragen, zum Umgang mit Sozialen Medien, zur digitalen Grundversorgung sowie zur Förderung des Politikinteresses und zur Stärkung der Debattenkultur junger Menschen aus.

Wir wünschen allen Leserinnen
und Lesern ein frohes Weihnachtsfest
und ein glückliches neues Jahr!



Foto: Cornelius Kettler